



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 50 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanfragen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Verzeichnis.

Für die Woche vom 5.—11. August ist die Beitragsmarke in das mit 32 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Droht uns Kohlennot?

Von Otto Hue.

S. A. K. Unsere natürlichen Versorgungsbedingungen sind außerordentlich günstig. Einer unserer hervorragendsten Geologen, Professor Dr. Frech (Breslau), stellt im neuesten Heft der „Zeitschrift für Bergbau, Hütten- und Salinenwesen“ nach den besten sachmännischen Ermittelungen fest, daß von den etwa 784 Milliarden Tonnen in den europäischen Ländern nachgewiesenen und wahrscheinlichen Stein- und Braunkohlevorräten über 423 Milliarden allein auf Deutschland entfallen. Diese Menge reicht selbst bei erheblich über den Stand von 1913 gesteigerter Förderung noch weit über 1000 Jahre für unsere Bedarfsdeckung! Die großbritannischen Kohlevorräte sind unter gleicher Voraussetzung schon in etwa 300, die französischen in etwa 900 Jahren erschöpft. Für Belgien und Frankreich zusammen sind von den Landesgeologen die Kohlevorräte überhaupt nur auf rund 77 Milliarden Tonnen geschätzt, woraus auch hervorgeht, welcher Phantasterei sich unsere Annexionspolitiker schuldig machen, die behaupten, die belgischen und nordfranzösischen Kohlengebiete seien ein deutsches „Lebensbedürfnis“.

Die technisch-wirtschaftlichen Bedingungen unserer Kohlegewinnung sind durch den Krieg nach der ungünstigen Seite hin verschoben worden. Das ist so in allen kriegsführenden Ländern. Unsere Steinkohlenförderung betrug 1913 rund 191,5 Millionen Tonnen, ging 1914 auf 161,5, 1915 auf rund 147 Millionen Tonnen zurück; unsere Braunkohlenförderung zeigt ein anderes Bild insofern, daß zwar 1914 die Gewinnung mit rund 84 Millionen Tonnen um vier Millionen Tonnen geringer war als 1913, aber schon 1915 stieg sie auf 88,3 Millionen Tonnen, und nach den vorliegenden Stichproben darf man für 1916 eine Förderung von 90 Millionen Tonnen annehmen. Beispielsweise fördern die im Rheinischen Braunkohlen-Brikett Syndikat vereinigten Werke 1916/17 mit 2,63 Millionen Tonnen Kohle allein fast zwei Millionen Tonnen mehr als im Vorjahre. Auch die großen mitteldeutschen Unternehmungen berichten pro 1916 meistens über eine gesteigerte Kohlenförderung.

Leider unterbleibt seit Mitte 1916 die amtliche Veröffentlichung der Förderziffern, m. E. ohne durchschlagende Gründe, denn unser Bundesgenosse Oesterreich macht nach wie vor seine (auch steigende) Kohlenförderung offiziell bekannt. Durch das Unterbleiben der sonst üblichen amtlichen Publikation der Förderung geht der Verbraucher die Uebersicht über die zur Verfügung stehende Gewinnung verloren, es entstehen weit übertriebene Besorgungen, und nun gebelzt die Spekulation, gar nicht selten der Wucher beim Brennstoffkauf.

Auch die vorliegenden Stichproben aus der Steinkohlenindustrie gestatten die Annahme, daß hier ebenfalls 1916 kein Rückgang der Förderung eingetreten ist. Die bis inkl. August 1916 veröffentlichten arbeitstäglichen Förderziffern der im rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat vereinigten Zechen weisen für das genannte Jahr stets eine Fördermenge von über 300 000 Tonnen pro Tag aus. Im Jahre 1915 belief sich die arbeitstägliche Förderung nur auf höchstens 260 384 Tonnen (November). Allerdings sind 1916 fast alle vorherigen „Außenleiter“ dem Syndikat beigetreten, aber die einzelnen Betriebsverwaltungen erklären in ihren letzten Geschäftsberichten überwiegend, die höheren Betriebsüberschüsse resultierten aus der „höheren Förderung“. Demnach darf man annehmen, daß auch die deutsche Steinkohlenförderung im Jahre 1916 mindestens nicht hinter der des Vorjahres zurückgeblieben ist, sie vielmehr übersteigt.

Zu dieser Annahme berechtigt auch die Tatsache, daß seit Mitte 1915 wieder anbauenden Zunahme der Zahl der beschäftigten Arbeiter. Sie betrug damals im gesamten preussischen Bergbau 524 034 und belief sich im ersten Viertel 1917 auf 593 722, ohne die unfreien Eisenerzarbeiter, war damit wieder bald so hoch als im dritten Viertel 1914. Freilich waren dann immer noch rund 167 000 Arbeiter weniger als vor Ausbruch des Krieges beschäftigt, aber die vielen Zehntausende unfreie Eisenerzarbeiter sind auch keine unbeachtlichen Größen, namentlich nicht dort, wo es weniger auf geschulte Facharbeiter ankommt, wie bei der Braunkohlegewinnung. — Uebrigens waren nach der „Labour Gazette“ im britischen Kohlenbergbau anfangs 1917 nur noch 539 452 Arbeiter beschäftigt, gegen 723 863 im Januar 1914.

Ungünstig fällt nun ins Gewicht die vermindernde Qualität der Arbeiter. Infolge unseres mangelhaften Bergarbeiterschutzes ist (schon vor dem Krieg) die Arbeiterkraft noch schneller, als es die natürlichen Verhältnisse bedingen, verbraucht, so die Invalidität beschleunigt, die Lebensdauer der Bergarbeiter verkürzt worden. Darum befanden sich in der Klasse der „eigentlichen Bergarbeiter“ (Hauer und Schlepper) in anormal verstärkter Weise die jüngeren, d. h. die militärfähigeren Altersgruppen, und die militärische Mobilisation entzog deshalb den Betrieben im hervorragenden Maße gerade die geschuldeten, leistungsfähigsten Leute. Sie sind zum Teil nach und nach ersetzt worden durch ältere, oft schon halbinvalide Kameraden aus anderen Betriebsabteilungen, durch Jugendliche und meist ungeschulte unfreie Eisenerzarbeiter; auch wurde eine große Masse weiblicher Arbeiter für die Obertagsbetriebe angeworben. Teilweise sind wieder die eingezogenen Leute rekrutiert, aber dafür sind andere einberufen worden.

Dazu kommt die teilweise höchst mangelhafte Ernährung, von deren tiefgreifender Bedeutung sich die Volksschichten, welche sich als landwirtschaftliche Selbstversorger satt essen können, immer noch keine rechte Vorstellung machen. Wenn trotzdem, wie gesagt, die Förderung sich relativ

gehoben hat, so liegt das an den „außerordentlichen Anstrengungen“ der Belegschaften (wie es in einem Werksbericht heißt), auch an der Möglichkeit, die Braunkohlegewinnung in umfassender Weise auf maschinellem Wege zu betriebsförmigen. Daß hier der Mangel an Hilfsmaterial und an geschulten Maschinenarbeitern die Verarbeitung der Kohle zu Briketts hemmt, kann nicht bestritten werden.

Trotz aller der genannten und anderer Erschwernisse ist aber doch die jetzt aus fast allen Teilen Deutschlands ertönende Klage über außerordentlichen Kohlenmangel auffallend. Führt man sich doch im letzten Friedensjahr nach Abzug der Einfuhr (10,5 Millionen Tonnen, fast nur englische) über 24 Millionen Tonnen Steinkohlen aus. Trotzdem förderten unsere Zechen damals keineswegs allgemein bis zur Höchstgrenze ihrer Leistungsfähigkeit, sondern schränkten zum großen Teil wegen Absatzmangel ihre Förderung ein, selbst zahlreiche Feterschichten wurden eingelegt. An Braunkohle führten wir allerdings sieben Millionen Tonnen mehr ein als aus, indessen kam diese Einfuhr nur aus Oesterreich-Ungarn, wofür wir 12 Millionen Tonnen Steinkohlen ausführen. Den Darlegungen des Regierungsvertreters im sächsischen Landtag (Sitzung vom 21. Mai 1917) ist zu entnehmen, daß die österreichische Braunkohleneinfuhr derzeit so gut wie aufgehört hat, worauf man wohl annehmen darf, daß auch unsere Steinkohlen- und Koks-ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn ziemlich eingestellt ist. Außerdem ist unsere eigene Braunkohlenförderung jetzt nennenswert höher als 1913, kann den größten Teil des Einfuhrminus decken. Unter Berücksichtigung aller Erzeugungsschwernisse können daher die vielen Klagen über starken Braunkohlen- resp. Brikettmangel nur erklärt werden durch einen ungeheuer gesteigerten Verbrauch der Kohle zu anderen als Heiz- und Beleuchtungszwecken. Wie hoch unsere Ausfuhr an mineralischen Brennstoffen in das neutrale Ausland ist, entzieht sich wie die allgemeine Höhe unserer Eigenförderung der allgemeinen Kenntnis.

Immerhin, zieht man den Fortfall des weit-aus größten Teils unserer vor dem Kriege sehr forzierten mineralischen Brennstoffausfuhr, ferner die gegen 1913 namhafte Erhöhung unserer Braunkohlenförderung, weiter den notorischen Ueberschuß an eigener Steinkohlegewinnung (Syndikatsseitige Förderbeschränkung) und die relativ störungslose Deckung des hohen Kohlenverbrauchs unserer Haushaltungen vor dem Kriege in Betracht, dann sind die weitverbreiteten, zunehmenden Klagen über die wochen-, ja monatelange anhaltende Unmöglichkeit zahlloser Haushaltungen, sich auch nur einigermaßen mit Kohlen oder Briketts zu versorgen, faktisch unverständlich. Hier fehlt es uns ja nicht, wie bei den meisten Nahrungsmitteln, an inländischen Gewinnungsstellen, im Gegenteil, sie sind über-reichlich vorhanden. Liegt es an der Organisations-ber Zuführung, an der ordentlichen Verteilung? Finden umfangreiche private „Hamsterereien“ statt? Wenn auch die Rüstungsindustrie enorm höhere Anforderungen stellt, andere Gewerbe verbrauchen

weniger Kohlen als vor dem Kriege, und so hoch ist unsere Kohlenförderung, Koks- und Briketterzeugung immerhin, daß nicht große Versorgungsgebiete, sogar schon während der gegenwärtigen günstigen Transportzeit, geraume Zeit fast ohne Hausbrandkohlen bleiben müssen.

Es ist aber nicht die Sorge um den Hausbrand allein, der die Bevölkerung bewegt. Von berufenen Vertretern der kommunalen Gas- und Elektrizitätswerke erfahren wir, daß, wenn sich die Kohlenversorgung dieser hochwichtigen Anlagen nicht verbessert, es mit der Heizgas- und Lichtversorgung der Gemeinden im Herbst und Winter trüblich ausfallen würde. Von den kommunalen deutschen Gaswerken sind die 17 größten eigens mit Einrichtungen zur Gewinnung von Benzol versehen worden, eines Artikels, dessen die Landesverteidigung dringend bedarf. Benzol wird bei der Verkohlung der Kohle (von den Gasanstalten hauptsächlich zwecks Erzeugung von Kraft- und Leuchtgas vorgenommen) als Nebenprodukt gewonnen. Der Kohlenbedarf aller Gaswerke dürfte etwa zehn Millionen Tonnen jährlich betragen, die erwähnten 17 verbrauchen davon etwa die Hälfte. Die Kohlenverkohlung durch die Gaswerke ist aber volkswirtschaftlich rationeller als die Verkohlung durch die Zechenkokereien, denn die ersteren erzeugen hauptsächlich Gas für den Bedarf von Millionen Haushaltungen, ersparen so große Mengen Hausbrandkohlen resp. Koks oder Briketts, gewinnen auch Koks und Nebenprodukte, nutzen also die Kohle besser aus, ein Ziel, dem nicht intensiv genug nachgestrebt werden kann. Hier aber erhebt sich ein Interessenskonflikt, an dem die Bevölkerung nicht mehr achtlos vorübergehen darf!

Die Kohlenzechen führen ihren Kokereien in steigenden Mengen Gas Kohlen zu, weil die bei der Verkohlung abfallenden hochwertigen Nebenprodukte außerordentlich hohe Profite einbringen. Mir vorliegende zahlreiche Zechenberichte beweisen dies durchaus. Beispielsweise läßt sich aus den Berichten der Zechengesellschaften „König Ludwig“ und „Helene Amalia“ errechnen, daß sie letztjährig etwa 50 Prozent ihrer Kohlen verkokten. „Harpen“ hatte 1915/16 eine gegen 1913 um 900 000 Tonnen niedrigere Kohlenförderung, dagegen eine mehr als 400 000 Tonnen höhere Koksproduktion; der Gewinn dieser Gesellschaft aus den Kokereien betrug letztjährig über 5,8 Millionen Mark! Diese außerordentlich hohen Kokereierträge veranlassen eben die Zechen, ihre Gasabfuhrförderung so viel wie möglich am liebsten vollständig den

eigenen Kokereien zuzuführen. Deshalb fehlt es den kommunalen Gaswerken an den unbedingt erforderlichen Zufuhren! Nun ist zwar die stärkere Kohlenverkohlung auch ein Kriegserfordernis, aber auch die betr. Gaswerke sind ja eigens für Nebenproduktengewinnung eingerichtet worden, können und müssen also auch die Deeresverwaltung beliefern. Außerdem haben die Gaswerke die hochwichtige Aufgabe, Millionen von Haushaltungen, zahlreiche Kleinbetriebe, ferner eine Reihe von öffentlichen Anlagen mit Heiz-, Leucht- und Kraftgas zu versorgen. Welches Interesse geht nun vor, das der relativ wenigen privatkapitalistischen Werks- und Zechengesellschaften oder das jener breiten Volksmassen, die auf die Vorsehung durch die Gaswerke unbedingt angewiesen sind, sollen sie nicht eines bösen Tages ohne Heizung und ohne Licht in den Wohnungen hocken!

Durch Bekanntmachung vom 24. Juni 1917 ist auch die „Bewirtschaftung“ von Steinkohlen, Braunkohlen, Briketts und Koks einer Reichszentrale übertragen, vier Tage später ein „Reichskommissionär für Kohlenverteilung“ (der bereits demissioniert hat) bestellt worden. Mir abschriftlich vorliegende bringliche Beschwreibungen an diese Zentrale beweisen, daß auch diese „Bewirtschaftung“ keine Abhilfe der höchst unzulänglichen Brennstoffverteilung schafft. Der dem Reichskommissar beigegebene „Beirat“ besteht außer Delegierten der Reichs- und Landesregierung noch aus „Vertretern des Kohlenbergbaus, des Kohlenhandels und der Kohlenverbraucher“. Wer etwa glaubt, unter den „Vertretern des Kohlenbergbaus“ befänden sich auch Arbeiterdelegierte, damit diese auch ihre sachkundigen Rat über eine zweckmäßige Regelung der sehr unregelmäßigen Arbeiterverhältnisse geben könnten, der verkennt total die in unserer Bürokratie herrschenden Anschauungen. Die Dinge mit der „Bewirtschaftung“ dieser Massenverbrauchsartikel durch die zentralen „Kriegsorganisations“ haben sich überhaupt so entwickelt, daß selbst ein so zurückhaltendes Blatt wie die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 171) von der Einrichtung einer „Oligarchie“ schreibt! Bereits im Vorjahre habe ich im Landtage die so gut wie gänzliche Ausschließung von Vertretern der Arbeiterschaft und des kleinen Mittelstandes aus den vielen behördlichen „Kriegsorganisations der Industrie“ kritisiert. Die Auswahl der „Beiräte“ aus einem exklusiven Interessenzirkel geht aber weiter, so auch bei der „Bewirtschaftung der Kohle“. Hier „beraten“ vornehmlich solche Interessenten, die sich ohnehin bereits über ganz Deutschland in privatkapitalistische Monopolunternehmungen zusammen geschlossen haben.

Will der Reichstag es darauf ankommen lassen, daß die Masse der Bevölkerung, der gegenwärtig schon nicht der Einkauf ihres nötigen Brennstoffbedarfs möglich ist, während der kalten Jahreszeit frierend in ihren dunklen Wohnungen haufen muß???

Deutschland braucht keine Kohlennot zu fürchten, wenn in den verantwortlichen Kreisen das „Verstehen“ dem „Verdienen“ konsequent vorgezogen wird. Man soll dazu nicht nur auf den „Rat der Industrie“ hören, sondern auch die Vorschläge der sachkundigen Arbeitervertreter befolgen, die in der Lage sind, anzugeben, wie die Förderung und Produktion mit den vorhandenen Mitteln erhöht werden kann.

Wünsche und Notwendigkeiten.

Der Wunsch größter ist in aller Welt auf ein Ende des menschlichen Leidens gerichtet. In diesem Wunsche vereinigen sich alle anderen, in diesem Wunsche gipfelt vor allem die Hoffnung, daß der ungeheuren Zeit der Not eine bessere Zukunft folgt, in der alle Fesseln fallen und die Lage sich nach und nach wieder sorgenloser gestalten. Es ist klar, daß vor allem die unter den unheilvollen Zittererregnissen am meisten leidenden Arbeiterschaft sich tagtäglich mit solchen Gedanken beschäftigt.

Warum wir den Frieden ersehnen, dafür bietet jeder Tag des grauen Geschehens je länger je stärker die handgreiflichsten Beweise. Sind nicht die blutigen Ketten, mit denen sich die Völker verstrickt haben, die grausamsten Fesseln? Nur das eine Gute blüht uns aus den blutüberzogenen Trümmern unserer zerstörten Kultur hervorzuleuchten: der mächtige Drang nach Freiheit und neuem Leben. Und dieser Drang, schreiet er nach dem Ende dieser opfergewaltigen Katastrophe erst mächtig zur Tat, kann sich nur in der Richtung einer weitgreifenden Demokratisierung aller bestehenden Institutionen und Einrichtungen äußern.

In allen Variationen, von den Gewerkschaften aller Richtungen und den Arbeitervereinigungen aller Schattierungen, ist die Frage der neu aufzubauenen Daseinsbedingungen für das wertvolle Volk schon zur Diskussion gestellt, sind Wege und Ziele erörtert worden, die eine gleichzeitige Teilnahme der Arbeiterschaft an allen Kultur- und Gütern ermöglichen sollen. Heute sind das zum großen Teile nur Wünsche, die eifrig einer Verwirklichung harren. Zugleich sind diese gerechten Wünsche aber auch bittere Notwendigkeiten. Eine

Klaas Poffel.

Von Ernst Preczang.

(Schluß.)

Klaas meinte am anderen Morgen, mit ihm sei irgendein Wunder vorgegangen. Die Welt erschien ihm über alle Maßen herrlich und gut und gerecht. Eine große Wärme erfüllte ihn, und vor seinen leuchtenden Augen stand verheißend das Bild des Mädchens, das ihn sonst stolz und abweisend bis in seine Träume verfolgt hatte. Er begann leise zu singen.

Dann aber brach er schnell ab, denn ein dunkles Gefühl des Unbehagens meldete sich in ihm: das Bewußtsein, einen Verrat begangen zu haben. Windmüllers Kläre hatte alles aus ihm herausgelockt, was sie wissen wollte. Und ihre lodenden Lippen waren sehr, sehr dankbar gewesen.

Mit Heim Born war sie fertig, so sagte sie. „Dich hab' ich viel, viel lieber.“

Die Erinnerung berauschte ihn aufs neue. Schließlich geschah dem anderen nur recht, wenn seinem unehrlichen Doppelspiel ein Ende gemacht wurde. Aber ganz wohl fühlte sich Klaas bei dieser Entschuldigunng nicht.

Doch die Tage kamen und gingen, und wer am Abend an Klaas Poffels Stube pochte, der fand sie leer und dunkel. Dann kam die Mutter aus der Küche und schüttelte den Kopf: „Keinen Abend mehr ist der Junge zu Hause!“

Man suchte ihn im Wirtshause. Aber auch dort war er nicht. Man forschte bei Bekannten herum. Niemand wußte von ihm.

„Wo treibst dich herum, du Lieberjahn!“ schalt die Mutter am Morgen. Er lächelte geheimnisvoll und begann zu singen.

Seine Haltung ward straffer, er bemühte sich beim Gehen, das Hinlen zu verbergen, die Wangen bekamen eine frischere Farbe, und die Schen und Schüchternheit fiel von ihm ab.

Aber wenn er einem von den Mädchen begegnete, die an Heim Born im Felde einen freundschaftlichen Gruß gesandt hatten, dann schlug er doch die Augen nieder.

Und eines Tages mußte er es hören: „Du hast bei der Kläre gepeßt. Junge, Junge, wenn Heim zurückkommt!“

Er stotterte einen Widerspruch heraus. Aber sie vertiefen sich auf die Stühleiten der Müllerstöcher. Und darauf, daß er an jedem Abend verschwunden sei — ebenso wie Kläre, die auch nie zu Hause sei. Man wisse schon — ja, ja — Heim Born würde sich sicher sehr freuen, wenn er erfahre —

Klaas hinnte böse davon.

Die Furcht ergriff ihn. Furcht vor dem robusten Bauernsohn. „Junge, Junge, wenn Heim zurückkommt!“

Und ein Wunsch keimte in ihm auf, ein häßlicher Wunsch: daß er nie, nie zurückkommen möge!

Er wehrte sich dagegen, aber immer wieder ertappte er sich bei dem Gedanken: wie eine

Kugel in Heims Brust schlug und ihn für immer umwarf.

Schon waren zwei Kameraden aus dem Dorfe gefallen, mehrere verwundet. Konnte es nicht auch den andern treffen? —

„Klaas“, sagte die Mutter eines Tages, „ich weiß jetzt Bescheid. Du hast es mit Müllers Kläre.“

„Wenn schon“, erwiderte Klaas trozig. „Du fünfjüngersangig.“

„Ja. Es war' Zeit. Und Gelegenheit war' auch. Jetzt guad manche nach dir. Kannst sie dir ansuchen. Aber die...“ sie schüttelte den Kopf.

„Stab die“, betonte Klaas, „die ist mit gut wie keine.“

„Solange die andern nicht zu Hause sind“, sagte Frau Poffel und ging in ihre Küche.

Das Wort schlug Klaas vor den Kopf. Er stand wie betäubt.

Und fragte Kläre am Abend, ob sie ihn immer lieben werde.

Sie lachte: „Immer... immer... immer.“

Rühte ihn zwischen den Worten und sang: „In alle, alle Ewigkeit.“

Inzwischen wurde Heim Born ins Lazarett transportiert. Eine Kugel hatte ihm zwar nicht die Brust, aber den linken Arm durchschlagen.

Klaas hörte es — und in seinem Bewußten regte sich etwas wie Schuldgefühl. Und ein dunkel-furchtames Gefühl: wie, wenn er nun wieder heimkommt?

Ja, er kam heim.

Erhebung der Forderungen, die Lösung des geschäftlichen, rechtlichen, politischen Abwehrens der arbeitenden Klassen muß tatsächlich herbeigeführt werden, wenn anders eine weitere Verelendung derselben vermieden werden soll. Dazu gehört vor allem die Ausrüstung unentwegter Lasterkraft jedes Einzelnen zum Wohle des Ganzen. Das vorausgesetzt, brauchen wir die Kreise, die uns in der Erstrebung unserer Ziele bisher gehindert haben, keinen Augenblick darüber im Zweifel lassen, daß die Lösung aller sozialen Fragen nicht nur Wünsche, sondern bittere Notwendigkeiten sind und daß wir andernfalls alle Hindernisse zu überwinden wissen werden.

Die Folgen des Krieges sind offenbar: Entkräftung, Krankheit, Siechtum und Verküppelung, am meisten unter den arbeitenden Volksgenossen. Dazu vielleicht noch Arbeitslosigkeit, Leuerung und gewaltige Steuerlasten. Unsere Lage erscheint somit keinesfalls rosig, um so mehr drängt sich die Pflicht auf, diese Schädigungen nicht nur zu lindern und auszugleichen, sondern auch vorwärts zu arbeiten. Ein wesentliches Erfordernis zur Wiedergewinnung, zur Stärkung und Kräftigung des Arbeiterstandes, zur Ermöglichung der Teilnahme an allem Schönen, was die Welt bietet, zur Vertiefung der Bildung des Arbeiters ist die Schaffung von einem größeren Maß freier Zeit. In welcher Weise dies geschehen kann, darüber hat man bereits auch innerhalb der Gewerkschaften Erörterungen gepflogen. Soweit man daraus ersehen kann, ist eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit, selbstverständlich ohne Schmälerung des materiellen Einkommens, das Erstrebenswerteste. Wenn man hierzu in Berücksichtigung zieht, daß bei einem wahrscheinlich zu erwartenden Ueberangebot an Arbeitskräften nach dem Kriege bei einer Arbeitszeitverkürzung eine Minderung der Produktion und der Wertezzeugung durch die Arbeit nicht zu befürchten ist, so zeigt sich dieser Weg als gangbar, abgesehen von der Notwendigkeit des Beschreitens desselben zur Beseitigung größerer Arbeitslosigkeit und zur Erreichung der vorstehend skizzierten Notwendigkeiten zur Emporführung der arbeitenden Menschheit.

Es ist keine Frage, daß der Vertiefung nur dieser einen Notwendigkeit sich gewaltige Widerstände entgegenwirken werden. Unsererseits darf es jedoch kein Zaubern mehr geben. Vorwärts immer, das muß uns so mehr nach diesen ungeheuerlichen und entfangungslosen Elend des Krieges unser Wahlspruch sein. —p—

Korrespondenzen.

Regensburg. Wie wir schon in Nr. 24 unserer Verbandszeitung bekannt gaben, zeigte sich das Ver-

Nach Wochen allerdings erst.
Den linken Arm in der Hand, so stand Heini Born eines Tages vor Klaas im Laden, schüttelte ihm die Hand und tat, als wären sie die besten Freunde. Er war ein wenig blaß und angegriffen und sah ruhiger als früher. Er erzählte von seinen Erlebnissen im Kriege. Wie er dann einmal auf Patrouille geritten und in Kampf mit feindlichen Vorposten gekommen sei. „Wer auf einen“, sagte er. „Zwei hatt' ich schon unter. Da setzte mir einer die Hand auf die Brust, ich hau' sie weg, da hat's der Arm hier getriegt. Er wird lahm bleiben, sagt der Doktor. Na, was hilft's. Du nehmen wir uns nicht mehr viel, Klaas.“ Er lächelte. „Ich hint' mit dem Arm, du mit dem Bein. Aber deshalb mögen uns die Mädchen doch, was? Ich hab' gehört, du hast mich gut vertreten. Dank dir auch.“
Klaas wurde blutrot. Heini Born lachte: „Na abläß. Sonntag morgen wir ein bißchen los im Wirtshaus, was? Du kommst doch? Wir beide sind ja die einzigen jungen Leute im Dorf.“
Klaas sagte nicht ja, nicht nein. Aber er wollte nicht hingehen. Er hatte schon eine andere Verabredung.

Zwischen Dorf und Mühle steht eine Baumgruppe mit dichtem Unterholz.
Hier erwartete Klaas das Mädchen. Sie wollten einen Spaziergang über die herrlichen Felder machen.
Kläre kam nicht. Er wartete eine, er wartete zwei Stunden. Er wagte sich bis nahe an die

Wand des Regensburger Buchdruckereibesitzer den Druckkalkulationen zu tragen, daß sie die bisher gewährten monatlichen Leuerungszulagen für männliche Arbeiter von 5 Mark und für weibliche von 4 Mark in eine wöchentliche von 2 50 M. für erstere und 2 Mark für letztere umrechnen und zwar ab 1. Mai dieses Jahres. Mit diesem Bittel glaubte man der Anregung der Prinzipalstagung des Deutschen Buchdruckervereins vom April 1917, also im dritten Kriegsjahre, gerecht worden zu sein. Daß damit aber nur tiefe Missstimmung unter unserer Kollegenchaft ausgelöst wurde, haben wir im vorerwähnten Bericht an unsere Presse bereits betont und hat sich darüber gewiß auch kein denkender Mensch verwundert. Ein besseres Verständnis für die Lage des Hilfspersonals wurde aber dadurch bei den Buchdruckunternehmern Regensburg nicht hervorgerufen. Denn als unser Gauleiter am 4. Juni ein Besuch um Neuregelung, bezw. Erhöhung der bisher gewährten Leuerungszulagen für das Hilfspersonal an den Vorstehenden des dortigen Prinzipalvereins richtete, hatte man in den ersten drei Wochen scheinbar überhaupt keine Zeit sich mit der Sache zu befassen. Als dann am 26. Juni eine weitere dringende Mahnung an die Herren Arbeitgeber erging, bequeme man sich endlich dazu, uns unterm 28. 6. 17. folgende Antwort zugehen zu lassen, die wir als Kulturdokument „aus schwerer Zeit Deutschlands“ der Öffentlichkeit nicht vorenthalten wollen. Sie lautet:

An den Verband usw.

Ihr Schreiben vom 4. Juni 1917 gelangte in unseren Besitz und wurde in der gestrigen Versammlung der Regensburger Mitglieder unseres Vereins erledigt wie folgt:

Die Leuerungszulagen wurden hier bereits am 1. Mai 1917 erhöht und zwar in größerem Maße als in anderen ähnlichen und größeren Städten. Jedem werden die unteren Stufen der Grundlöhne für Arbeiterinnen zum 1. Juli eine Steigerung erfahren.

Hochachtungsvoll

Deutscher Buchdruckerverein
Bezirksverein Regensburg
Josef Sabel.

Wie die Erhöhung der Grundlöhne gedacht war, erfahren wir erst in einer späteren Verhandlung. Dadurch sollten die Löhne der Hilfsarbeiterinnen im 1. Berufsjahre von 7 50 M. auf 8 25. im zweiten Berufsjahre von 8 auf 9 M. und im zweiten Berufsjahre von 9 auf 10 Mark gebracht werden. Es sei hier auch gleich betont, daß das gesamte Hilfspersonal, trotz der eminenten Leuerung der Kriegsjahre, immer noch nur zu den 1912 abgeschlossenen äußerst niedrigen Grundlöhnen entlohnt wird. In Würdigung der Antwort dieser Prinzipale beweisen wir ja gar nicht, daß auf der Bayerischen Prinzipalstagung in München am 24. Juni d. Jrs. jedenfalls konstatiert werden konnte, daß die Unternehmer einzelner Orte in der Leuerungszulagenhöhe für das Hilfspersonal

Mühle, aber er erblickte weder sie noch einen andern der Hausbewohner.

Vielleicht hatte sie eine Abhaltung.
Langsam wanderte er ins Dorf zurück.
Als er an dem Wirtshaus vorbeikam, hörte er Musik. Den Automaten.

Er trat ans Fenster. Im kleinen Saal brannte schon Licht. Ältere Leute waren dort und viele junge Mädchen. Heini Born stand mitten unter ihnen, die Soldatenmütze schief auf dem Ohr, und erzählte. Laut und lachend. Dann wiegte er sich nach der Musik des Automaten in den Hüften und plötzlich hatte sich ein Kreis gebildet, Heini Born hatte ein Mädchen ergriffen und tanzte.

Klaas Poffel preßte die Stirn ans Fenster und starrte mit ungläubigen, erschreckten Augen in den Saal.

Heini Born tanzte mit Windmüllers Kläre.
Sein linker Arm ruhte in der Hand, aber die Rechte hatte die Taille des Mädchens fest umfaßt, das sich dicht an ihn schmiegte und mit der Linken seine Achsel umflammerte.

Sie waren wie eins. Der Kreis der Mädchen erweiterte sich und folgte mit stauenden, neidischen Augen dem Paare, das sich immer wilder und wilder drehte.

Klaas Poffel mußte nicht mehr, was mit ihm vorging.

Als er wieder zu sich kam, lag er daheim in seiner Stube.

Und die Mutter stand vor ihm, hatte eine zerschchnittene Schür in der Hand und blickte ihn aus entsetzten Augen an.

nicht schätziger und stolzer verfahren sind. Die Prinzipale und den Organisationsstellen Unbehagen des Hilfspersonals einzelner Orte haben die Unternehmer ja noch immer zu Gunsten ihres Selbstinteresses auszukümmeln verstanden und in der Öffentlichkeit dahn um desto lauter die Erhöhung der Druckreise mit der fortwährenden Steigerung der Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen den Rückschlüssen begreiflich zu machen versucht. Aber diese Antwort der Regensburger Prinzipale, bei den kiestrautigen Vorkonkurrenzen des dortigen Hilfspersonals, solcher minimalen Bitte gegenüber, klingt doch wie Hohn zu der Not der Arbeiterschaft. Trotzdem wartete aber das Personal ruhig die Herankunft des 1. Juli ab, um zu sehen wie weit das Entgegenkommen der Unternehmer gehen würde. Aber weder am ersten noch am zweiten Jahltage des Monats erhielt auch nur eine Arbeiterin irgendeine Aufbesserung. Damit war die Schuld der Arbeiterschaft aber auch erschöpft und sie verlangte nun stürmisch, daß nun mag kommen was wolle, nicht mehr länger zugewartet wird. In mehreren schwierigen Verhandlungen und nachdem die Arbeiterschaft am 21. Juli nachmittags die Arbeit eingestellt hatte, kam nun endlich ein Vertrag zu Stande, der zwar nicht die volle Forderung der Kollegen und Kolleginnen brachte, aber von der Arbeiterschaft dennoch anerkannt wurde. Laut dieses Vertrages erhöhen sich nun sämtliche tarifliche Löhne — und solche bestehen nur — um eine Mark pro Woche. Die Leuerungszulage, die rückwirkend ab 1. April 1917 bezahlt wird, beträgt für alle Arbeiterinnen drei Mark pro Woche, für die für uns in Betracht kommenden männlichen Arbeiter vier Mark. Die effektive Zulage beträgt also nun vier Mark für die weiblichen, gegenüber der erst bewilligten zwei Mark, für die männlichen fünf Mark anstatt 2 50 Mark. Der Tarif wurde wie in Berlin bis zum 31. Dezember 1918 verlängert. Damit wäre der Friede wieder hergestellt gewesen, aber die See raste und wollte ihr Opfer haben. Die Firma Sabel, der Herausgeber des Regensburger Anzeigers des Zentrum Abgeordneten Seld, daß sich in seinem Eintreten für einen Schlichterfrieden nicht genug tun kann und in der Aufforderung zum Durchhalten des Volkes für einen solchen am festesten gebärdet, hat geglaubt einen besonderen Schlag gegen uns zu führen, in dem sie die beiden dort in Betracht kommenden Anlegerinnen maßregelte. Wenn Sichelheit töten würde, dann wäre der kleine Scharfmacher-Prinzipal ein für allemal erledigt und seine unter den miserabelsten Löhnen stromende Hilfsarbeiterschaft würde ihm gewiß keine Leide nachweinen. Glaubt die Firma oder Herr Sabel denn wirklich im Ernste auf solche Art die Organisation in seinem Betriebe fern halten zu können? Wenn ja, dann beneiden wir ihm um seinen schönen Wahn! Viel eher werden die Arbeiterinnen besser entlohnte Arbeit finden, als er gleichwertige Einlegerinnen und so möge er sich ruhig seinen durch diese Maßregelung vielleicht von den Prinzipalen erworbenen Lorbeerkranz an die Wand hängen, wir beneiden ihn wirklich nicht darum. Die Hilfsarbeiterschaft Regensburg wird aber nun fester denn je zu ihrem Verbande stehen, denn sie hat auf neue Einsichten gelernt, daß nur durch feste Geschlossenheit die Verbesserung ihrer Lage einzig und allein möglich ist. Darum nicht gerührt und gefasst bis der letzte Hilfsarbeiter und die letzte Arbeiterin sich der Organisation angeschlossen haben.

Kundigen.

Wahlzwanzig Jahre Löhnerverband. In diesen Tagen konnte der Zentralverband der Löhner auf sein 25 jähriges Bestehen zurückblicken. Am 1. Juli 1892 begann er seine Tätigkeit, stark angefeindet von der lokalen Richtung, welche unerquidlicher Kampf sich noch jahrelang hinzog und erst um die Wende des vorigen Jahrhunderts zugunsten des Verbandes zu Ende ging. Immerhin haben sich einige Rudimente lokalistischer Richtung noch bis heute in Berlin und Königsberg erhalten.

Seit dem Jahre 1899 datiert der Aufstieg des Verbandes. Er beschritt den Weg der Unterstufungseinrichtungen, so daraus neue Werbe- und Kampfkraft, seine Mitgliederzahl hob sich, nachdem sie längere Zeit zwischen 4000 und 5000 geschwankt, im Jahre 1901 auf 7500, und stieg von da an nach Einfeldung der Unterstufungseinrichtungen unaufgehalt auf circa 12 000 im Jahre 1907, so daß um diese Zeit circa 70 Prozent aller organisationsfähigen Löhner organisiert waren. In diesen Jahren hatte die Organisation mit dem Unternehmertum manchen schweren Strauß durchzukämpfen. Wir erinnern an die Ausperrung in sämtlichen Meßfabriken Deutschlands, die im Jahre 1903 aus Anlaß des Bekleiner und Fürstentwälder Streiks vom Verband der

Rachelofenfabrikanten injiziert wurde. Der Unternehmensplan, den Verband zu vernichten, zerschellte jedoch an der Einmütigkeit und Opferfreudigkeit der organisierten Töpfer. Ein erneuter Versuch des Unternehmerverbandes in gleicher Richtung im Jahre 1906 anlässlich des Breslauer Streiks schlug schon nach einigen Wochen fehl, und seitdem wird der Töpferverband vom Verband der Rachelofenfabrikanten als vollwertiger Faktor bei allen Lohnstreitigkeiten und Lohnregulierungen betrachtet. Auch bei den Ofensehmiederverbänden und dem Topfwarenfabrikantenverband ist die Arbeiterorganisation anerkannt.

Der Buchbinderverband im Jahre 1916. Wenn eine Gewerkschaft nach mehr als zweijähriger Kriegsdauer in ihren Grundfesten nicht nur unerschütterlich geblieben ist, sondern auch noch Fortschritte in der Mitgliederwerbung und in ihren Vermögensbeständen aufzuweisen hat, so beweist das am schlagendsten, für wie notwendig sie von den Berufsangehörigen gehalten wird. Der Buchbinderverband ist in der glücklichen Lage, das von sich sagen zu können, wie der soeben erschienene Jahresbericht seines Vorstandes es erkennen läßt.

Die Mitgliederzahl betrug Ende 1915: 6283 männliche und 10 722 weibliche, zusammen 17 005 Mitglieder; dagegen Ende 1916: 5480 männliche, 11 072 weibliche, also insgesamt 16 552 Mitglieder. Rührt man die zum Seeresdienst Einberufenen nicht als Verlust, da man doch annehmen muß, daß sie bei Entlassung aus dem Heere wieder Verbandsmitglieder werden, so hat eine Mitgliederzunahme stattgefunden. Die Arbeitslosigkeit ist allerdings im Buchbinderverbande auf ein noch nie in Friedenszeiten dagewesenes Mindestmaß herabgesunken. Zimmerhinz mußten für Arbeitslose noch 53 614 M. aufgewandt werden. Die gesamten Einnahmen des Verbandes, ausschließlich der der örtlichen Kassen, betragen 401 369 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 310 666 M. Der Vermögensbestand stellte sich im letzten Jahre vor dem Kriege, also Ende 1913 auf 1 379 670 M., davon 369 319 M. in den örtlichen Kassen; dagegen Ende 1916 auf 1 423 299 M., wovon 346 192 M. sich in den Kassen der örtlichen Abteilungen befinden. Da vom Verbandsvermögen aber ein erheblicher Teil für Invalidenunterstützung in Reserve behalten werden muß, wenn auch die Ausgaben dafür jetzt noch — 1916 nur 2640 M. — gering sind, so warnt der Verbandsvorstand doch davor, die finanzielle Lage des Verbandes allzu rosig anzusehen, zumal nach dem Kriege die überwiegende Mehrzahl der Tarifverträge ablaufen und harte Lohnkämpfe vielleicht große Summen verschlingen könnten.

Bei den Lohn- bzw. Feuerungszulagenbewegungen wurden für 15 481 Berufsangehörige wöchentliche Lohnerhöhungen von 36 572 M., also für den Kopf 2,36 M. im Durchschnitt erzielt. Damit dürfte jedoch nur das erfüllt worden sein, was unmittelbar als Feuerungszulage gewährt wurde, nicht aber die Lohnzulagen.

Im Jahresbericht rollt das ganze Leben des Verbandes vorüber, das trotz des Krieges vielseitig ist und insofern seines durchaus gesunden Kerns die besten Hoffnungen auch für die Zukunft des Buchbinderverbandes zuläßt.

Feuerungszulagen und Tarifbewegung im Holzgewerbe. Bei der herrschenden Feuerung haben die Holzarbeiter sich seit mehr als Monatsfrist um erneute Feuerungszulagen bei ihren Arbeitgebern bemüht. Die Unternehmer haben jedoch — mit verschwindenden Ausnahmen — das bestehende Tarifverhältnis vorgeschützt und ernstliche Verhandlungen über diese von den Arbeitern erhobenen Wünsche an den einzelnen Orten abzuwehren gesucht.

Bei dieser Sachlage sah sich der Vorstand des Holzarbeiterverbandes veranlaßt, dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe Anfang Juni zentrale Verhandlungen über die bis dahin an den einzelnen Orten gestellten Forderungen der Arbeiter anzubieten.

Wie bei den meisten derartigen Fällen hat es auch dieses Mal wieder recht lange gedauert, bis die Unternehmer ihre Vorbereitungen für solche Verhandlungen getroffen hatten; doch werden diese Verhandlungen nunmehr in den nächsten Tagen unter der Leitung des Kriegsamtes vor sich gehen.

Der Holzarbeiterverband hat inzwischen auf einer Reichskonferenz am 11. und 12. Juli, zu welcher Vertreter aus 105 Vertragsorten delegiert waren, zu den bevorstehenden Verhandlungen Stellung genommen. Nach gründlicher Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände hat die Konferenz ihre Stellung in nachfolgender, einstimmig beschlossener Resolution festgelegt:

Unter dem Druck der wachsenden Feuerung, die die Existenz der Arbeiterbevölkerung außerordentlich und in steigendem Maße belastet, haben die Holzarbeiter im Reich, gestützt auf das im vorigen Jahre vor dem Reichsamte des Innern getroffene Übereinkommen, schon seit Monaten erneute Lohnforderungen an die örtlichen Arbeitgeberorganisationen gestellt.

Die heutige Konferenz von Vertretern aus 105 Vertragsorten beauftragt den Verbandsvorstand, die Forderungen in Höhe von mindestens 30 Pf. für die Stunde mit den entsprechenden Lebensforderungen bei den von den Arbeitgebern angebotenen zentralen Verhandlungen mit größtem Nachdruck zu vertreten.

Die Konferenz protestiert gegen die wochenlange Verzögerung dieser Verhandlungen durch die Arbeitgeber und verlangt unter allen Umständen jetzt eine schleunige Erledigung, weil der Verband die Verantwortung für die andernfalls entstehenden Folgen nicht zu tragen vermag.

Der Verband der Fabrikarbeiter im Jahre 1916. Das Rekrutierungsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes ist durch den Krieg stark eingeengt worden. Nicht nur durch die Einziehung organisationsfähiger Arbeiter, sondern vor allem durch die Abschleppung zahlreicher Industriezweige. Von den Riegeln liegt ein sehr großer Teil völlig still, die Lederindustrie hatte weniger Rohmaterial und infolgedessen weniger Arbeitskräfte, arbeitet überdies in der Hauptsache mit Kriegsaufangenen. Die Gummi-, Seifen-, Margarine- und Desinfektions sowie einige Zweige der Düngemittelindustrie leiden unter dem Mangel an Rohstoffen; auch die chemische Industrie ist nur in einzelnen Zweigen gut beschäftigt. Die Papierfabriken arbeiten in weit größerem Umfange als früher mit weiblichen Arbeitskräften, die erfahrungsgemäß schwerer für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen sind als die männlichen.

Trotz alledem hat sich der Verband der Fabrikarbeiter auch im Jahre 1916 recht gut gehalten. Zwar ist die Zahl seiner Mitglieder von 85 118 bei Beginn auf 80 535 am Ende des Jahres gesunken, aber nur wegen Einberufung zum Heeresdienst. Werden die Eingezogenen nicht als ausgeschieden gerechnet, so hat der Verband an Mitgliedern zugenommen. Die Gesamtzahl der Reuaufnahmen betrug 14 795 gegen 10 041 im Jahre 1915.

Die Finanzen des Verbandes sind gleichfalls durchaus zufriedenstellend. Die Einnahmen des Verbandes sanken allerdings von 2 117 837 M. im Jahre 1915 auf 1 752 161 M., gleichzeitig sanken jedoch die Ausgaben von 1 953 508 M. auf 1 722 794 M., so daß trotz des Einnahmerückgangs noch ein allerdings geringer Ueberschuß erzielt wurde. Das Vermögen der Hauptkasse erhöhte sich um rund 23 000 M. auf 3 558 244 M. Bei den Einnahmen ist besonders die Laisance bemerkenswert und erfreulich, daß mit dem dritten Viertel des Berichtsjahres der seit Ausbruch des Krieges anbauende Einnahmerückgang aufgehört und eine Steigerung eingeleitet hat. Es sind eben im zweiten Halbjahre 1916 mehr Mitglieder neu gewonnen, als ausgeschieden und eingezogen sind.

Von den Ausgaben entfielen 1 259 959 M. auf Unterhaltungen aller Art. Den größten Betrag, nämlich 549 889 M., erforderte die Unterhaltung erkrankter Mitglieder; die nächsthöchste Summe (366 932 M.) die Rotlagenerstützung, in der wieder die Unterstüfung, die den Familien der Kriegsteilnehmer als Weihnachtsgabe gegeben wurde, den Hauptposten bildet.

Im ersten Drittel des laufenden Jahres hat sich der Verband noch erfreulicher entwickelt als im Berichtsjahre. Die Zahl der Reuaufnahmen ist dauernd gestiegen, im April allein wurden mehr als 4000 neue Mitglieder gewonnen. In den ersten vier Monaten des Jahres wurden schon mehr Mitglieder aufgenommen als im ganzen Jahre 1915. Hält diese Entwicklung an, so wird der Verband, soweit die Mitgliederzahl in Frage kommt, die Scharten bald ausgeweitet haben, die ihm, wie andern Gewerkschaften, die erste Kriegszeit geschnitten hat. Mit der steigenden Zahl der Mitglieder steigt auch der Einfluß auf die Arbeitsbedingungen. Das ist in anbetragt der meist noch durchaus ungenügenden Löhne der ungelerten Arbeiter ganz besonders zu begrüßen.

Ueber eine Million Mitglieder zählen zurzeit wieder die freien Gewerkschaften. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften von 179 000 auf 226 000 gestiegen ist und somit heute um rund 5000 mehr beträgt, als es vor dem Kriege der Fall war. Bei einzelnen Verbänden, die nicht mit Kriegsindustrie zu tun haben, ist freilich die weibliche Mitgliederzahl gefallen, dafür aber in

anderen Berufen, wie in der Metallindustrie, verdoppelt; sogar der Bergarbeiterverband weist jetzt weibliche Mitglieder auf. Die Unterstüfungen der Zentralverbände haben 60 Millionen Mark überschritten, davon 24½ Millionen Mark Arbeitslosenunterstüfung und 23 Millionen Mark Familienunterstüfung.

DWA. Zur Frage der Mietsteigerungen. Seit einiger Zeit sind die Hausbesitzerorganisationen bemüht, unter Androhung der Wohnungsbindung eine planmäßige Erhöhung der Mieten durchzusetzen. Aus zahlreichen Gegenden Deutschlands, so aus vielen Gemeinden Groß-Berlins, aus Dortmund, Hamburg, Altona, Graubenz, Erfurt, Merseburg, Bayen, Suhl, Pößlau, Wattensteib, Forstheim und anderen Orten wird über planmäßig beschlossene oder doch bevorstehende allgemeine Mietsteigerungen und über die besondere Notlage der Mieter berichtet. Gegen dieses Vorgehen der Hausbesitzer sind von verschiedenen Seiten Eingaben an die maßgebenden Behörden gerichtet worden mit dem Ersuchen um baldige öffentliche Regelung. Auch im Reichstag und in einzelnen Stadtverordnetenversammlungen wurde die Frage der Mietsteigerungen zur Sprache gebracht. Trotzdem die ganze Angelegenheit also schon eine ziemlich breite Ausdehnung gewonnen hat, ist sie aber anscheinend in ihrer grundsätzlichen Bedeutung noch nicht richtig gewürdigt worden. Offenbar stehen wir nämlich erst am Anfange der Mietsteigerungen, weitere und umfassende Steigerungen sind zu befürchten. Eine solche Entwicklung hätte aber etwas ungemein Erntes, sowohl für die Zeit im Kriege wie auch für die Zeit nachher, zumal die Mietsteigerungen in vielen Fällen zugleich auf eine unerbittliche Bereicherung der Hausbesitzer hinauslaufen würden. Hier den richtigen Ausgleich zu finden, ist eine ebenso verwickelte wie bedeutungsvolle soziale Aufgabe, deren Lösung auf die Dauer aber wohl kaum durch Genehmigungsspflicht und Verbote allein wird erfolgen können, sondern zu der es vor allem auch großer positiver Maßnahmen der Wohnungspolitik bedürfen wird.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 21 des 27. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Landesverteidigung und Klassenkampf. Von ms. Bild der Freiheit. Gebicht von Heibel. — Politische Umschau. — Neue Pflichten — neue Rechte! Von Marie Fuchsca. — Ein letztes Wort Gustav Schmollers. — Die Frauen gegen den Alkohol. — Vom Fortgang des Frauenrechts: Der Kampf gegen das englische Frauenstimmrecht. Das Frauenwahlrecht auf dem Marsche. Kleine Mitteilungen. — Die Tätigkeit der Hamburger Genossinnen während des Krieges. — Aus unserer Bewegung: Eine Frauenkonferenz des Bezirks Niederrhein. Köln (Aus unserer Frauenbewegung). Lübeck (Eine öffentliche Frauenversammlung). Stuttgart (Eine württembergische Frauenkonferenz). — Gewerkschaftliche Monatschau. — Feuilleton: Die Mutter. Von Emondo de Amicis. Wallfahrtsleben. Von Hoffmann von Fallersleben. Stimmungsbilder. Von Clara Bendel. Gedanken. Von Georg Christoph Dichtberg. Gute Möbel für Kriegsgetaute. Wiesbaden. Begabungsschulen. Die hygienische Forderung.

Für unsere Kinder: Das klagende Lied. Von Lubwig Beckstein. — Eine lustige Geschichte von einem Köhler. — Die Spagen! Gebicht von Rudolf Löwenstein. — Die Ueberschwemmung. Von Emilie Pola. (Schluß.) — Der Wolf und das Lamm. Eine Fabel von Hesop. — Der tote Soldat. Gebicht von Joh. Gabriel Seidl. — Spielende.

Sonderbeilage: Die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Frauen.

Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Adressenveränderungen.

Bittau. Wilhelm Bekel, Vorsitzender, wohnt jetzt: Görnig bei Bittau Nr. 79 (Gansbachsche Gärtnerei).